

Länderinformationsblatt der Staatendokumentation



Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland

Gesamtaktualisierung am 2.8.2021

Das gegenständliche Produkt der Staatendokumentation des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl wurde gemäß den vom Staatendokumentationsbeirat beschlossenen Standards und der Methodologie der Staatendokumentation erstellt.

Ein Länderinformationsblatt (LIB) der Staatendokumentation ist ein COI-Dokument, das beruhend auf den Bedürfnissen im Verfahren des Asyl- und Fremdenwesens (RD, EASt, ASt, BVwG) mittels Recherche von vorhandenen, vertrauenswürdigen und vorrangig öffentlichen Informationen gemäß den Standards der Staatendokumentation erstellt wird. Ein LIB gibt eine **einzelfallunabhängige Darstellung** über die Lage betreffend relevanter Tatsachen in Herkunftsländern bzw. in EU-Mitgliedsstaaten.

Die LIB dienen den Bedarfsträgern der Instanzen des Asyl- und Fremdenwesens. Für sie gilt § 5 Abs. 5 letzter Satz BFA-G, d.h. sie sind als solche nicht Teil der allgemein zugänglichen, öffentlichen Staatendokumentation. Sie werden aber durch Verwendung im Verfahren (Parteiengehör, Verwendung im Bescheid) der jeweiligen Partei zugänglich und durch Verwendung im Bescheid öffentlich gemacht.

Wie bereits erwähnt, ist dieses Produkt als Arbeitsbehelf für österreichische Behörden und Gerichte entworfen worden. In diesem Sinne stehen Lesbarkeit, flexible Nutzbarkeit und einfache Verwertbarkeit in Entscheidungen im Vordergrund. Grundsätzlich wird jede Information mit mindestens einer Quelle belegt; aus vorgenannten Gründen wird jedoch auf die Hervorhebung von Originalzitaten verzichtet – nicht zuletzt auch deshalb, weil sich daraus für die Entscheidungsfindung kein Mehrwert ergibt.

Das gegenständliche Produkt erhebt bezüglich der zur Verfügung gestellten Informationen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aus dem vorliegenden Produkt ergeben sich keine Schlussfolgerungen für die rechtliche Beurteilung eines konkreten Verfahrens. Das LIB stellt keine allgemeine oder individuelle Entscheidungsvorgabe dar. Das vorliegende Dokument kann insbesondere auch nicht als politische Stellungnahme seitens der Staatendokumentation oder des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl gewertet werden.

Zugunsten der besseren Les- und Verwendbarkeit wird im vorliegenden Produkt auf eine genderneutrale Schreibweise verzichtet. So nicht explizit angemerkt, sind immer alle Geschlechter gemeint.

Qualitäts- und Aktualisierungshinweis

Das LIB beinhaltet Arbeitsübersetzungen fremdsprachiger Quellen. Auswahl, Verwertung und Verwendung von Informationen im vorliegenden Produkt unterliegen dem Qualitätsmanagement der Staatendokumentation.

Dieses LIB wird mittels Einbezug relevanter Kurzinformationen der Staatendokumentation auf aktuellem Stand gehalten. Eine Gesamtaktualisierung des LIB erfolgt bei gegebenem Bedarf.

Die Aktualität der verwendeten Quellen wird seitens der Staatendokumentation überprüft. Daher können auch im LIB verwendete Quellen älteren Datums als inhaltlich aktuell erachtet werden.

Länderspezifische Anmerkungen

keine.

Hinweis:

Das Länderinformationsblatt geht nur eingeschränkt auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sowie auf eventuelle Maßnahmen gegen diese ein - wie etwa Einstellungen des Reiseverkehrs in oder aus einem Land oder Bewegungseinschränkungen im Land. Dies betrifft insbesondere auch Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung, die Möglichkeiten zur Selbst-Quarantäne, die Versorgungslage, wirtschaftliche, politische und andere Folgen, die derzeit nicht absehbar sind. Diese Informationen werden in einem eigenen Kapitel zur Verfügung gestellt, sind jedoch aufgrund der Möglichkeit schneller Änderungen im Land als Momentaufnahme zu sehen.

Zur aktuellen Anzahl der Krankheits- und Todesfälle in den einzelnen Ländern empfiehlt die Staatendokumentation bei Interesse/Bedarf folgende Websites der WHO:

<https://www.who.int/emergencies/diseases/novel-coronavirus-2019/situation-reports> oder der Johns-Hopkins-Universität:

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

mit täglich aktualisierten Zahlen zu kontaktieren.

Inhaltsverzeichnis

1. Neueste Ereignisse – Integrierte Kurzinformationen.....	5
2. COVID-19.....	6
3. Politische Lage.....	7
4. Sicherheitslage.....	9
5. Rechtsschutz / Justizwesen.....	10
6. Sicherheitsbehörden.....	11
7. Folter und unmenschliche Behandlung.....	12
8. Korruption.....	12
9. Wehrdienst und Rekrutierungen.....	12
10. Allgemeine Menschenrechtslage.....	13
11. Todesstrafe.....	14
12. Religionsfreiheit.....	15
13. Minderheiten.....	16
14. Relevante Bevölkerungsgruppen.....	17
15. Bewegungsfreiheit.....	18
16. IDPs und Flüchtlinge.....	18
17. Grundversorgung und Wirtschaft.....	20
18. Medizinische Versorgung.....	22
19. Rückkehr.....	23

1. Neueste Ereignisse – Integrierte Kurzinformationen

Keine

2. COVID-19

Asylrechtliche Entscheidungen wurden auch während der COVID-19-Krise weiterhin, jedoch nur bei Vorliegen ausreichender Informationen, getroffen. Zur Durchführung der sogenannten Screening-Interviews wurden zusätzliche provisorische regionale Asylregistrierungseinrichtungen geschaffen. Entscheidungen in Bezug auf Vulnerabilitätsfälle etc. wurden im Normalfall einstweilen ausgesetzt. Mittlerweile ist es möglich, asylrechtliche Entscheidungen per E-Mail an die Adressaten zu übermitteln. In England wurden Lokalbehörden von der Regierung dazu aufgefordert, Obdachlosen und Bewohnern von Nachtquartieren und Herbergen Unterkünfte zu beschaffen (RC 11.5.2021).

Die Vaccines Taskforce der britischen Regierung hat [Stand Mai 2021] weitere 60 Millionen Dosen des Biontech/Pfizer-Impfstoffs gekauft. Damit soll ein Booster-COVID-19-Impfprogramm unterstützt werden, das – sofern die Lage es erfordert – zum Jahresende geplant ist. In Großbritannien sind bereits knapp zwei Drittel aller Erwachsenen zumindest einmal gegen COVID-19 geimpft (DAZ 7.5.2021).

Demonstrationen gegen COVID-19-bezogene Maßnahmen fanden während eines Großteils des Jahres 2020 statt. Die Reaktion der Regierung auf derartige Demonstrationen warf gewisse Menschenrechtsbedenken auf, u. a. in Bezug auf Gesundheit, Einwanderungspolitik, häusliche Gewalt und Wohnen (AI 7.4.2021; vgl. FH 3.3.2021).

Mitte 2021 stieg die Zahl der Covid-2-Infektionen insbesondere wegen der Delta-Variante, die mittlerweile für mehr als 90% der Fälle im Land verantwortlich ist, wieder stark an (DS 22.6.2021; vgl. Ärzteblatt 17.6.2021).

Am 19. Juli 2021 wurden in England sämtliche Corona-Beschränkungen aufgehoben. Die Maskenpflicht in Geschäften, Bussen und Bahnen sowie die Abstandsregeln fielen. Pubs durften wieder öffnen. Dies wurde nicht zuletzt wegen der zuletzt sprunghaft angestiegenen Infektionen mit der besonders ansteckenden Delta-Variante von Sars-CoV-2 kritisiert, deretwegen sich Millionen von Bürgern, darunter auch Premierminister Boris Johnson, in häusliche Quarantäne begeben mussten. Die Landesteile Schottland, Wales und Nordirland halten bis auf weiteres an Vorschriften fest, vor allem muss dort weiterhin der Mund-Nasen-Schutz getragen werden. Im öffentlichen Raum gilt nun ein verwirrendes Flickwerk von Regeln, weil kommunal Verantwortliche deutlich vorsichtiger agieren als die Zentralregierung (DS 19.7.2021).

Quellen:

- AI – Amnesty International (7.4.2021): United Kingdom 2020, <https://www.ecoi.net/en/document/2048785.html>, Zugriff 22.6.2021

- Ärzteblatt (17.6.2021): Analyse. Zahl der Coronainfektionen in England steigt wieder stark, <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/sw/gro%Dfbritannien?s=&p=1&n=1&nid=124792>, Zugriff 28.6.2021
- DAZ – Deutsche Apotheker Zeitung (7.5.2021): Corona-Impfungen in UK - Großbritannien plant Auffrisch-Programm für den Spätherbst, <https://www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2021/05/07/grossbritannien-plant-auffrischprogramm-fuer-den-spaetherbst>, Zugriff 18.5.2021
- DS - Der Standard (22.6.2021): Wo sich die Delta-Variante besonders stark ausbreitet, <https://www.derstandard.at/story/2000127596807/wo-sich-die-deltavariante-besonders-stark-ausbreitet>, Zugriff 28.6.2021
- DS – Der Standard (19.7.2021): Warum Englands Bevölkerung vorsichtiger als ihr Regierungschef ist, <https://www.derstandard.at/story/2000128295169/warum-englands-bevoelkerung-vorsichtiger-als-ihr-regierungschef-ist?ref=rec>, Zugriff 21.7.2021
- RC – Refugee Council (11.5.2021): Changes to Asylum & Resettlement policy and practice in response to Covid-19, <https://www.refugeecouncil.org.uk/latest/news/changes-to-home-office-asylum-resettlement-policy-and-practice-in-response-to-covid-19/>, Zugriff 18.5.2021

3. Politische Lage

Nach 47 Jahren EU-Mitgliedschaft vollzog Großbritannien am 31.1.2020 seinen freiwilligen, auf Art. 50 EUV (Vertrag über die Europäische Union) basierenden EU-Austritt. Somit ist Großbritannien nun in Bezug auf die EU ein Drittstaat (EK o.D.; BPB o.D.). Die Europäische Union und Großbritannien hatten sich auf eine Übergangsperiode bis 31.12.2020 geeinigt, in der in Großbritannien weiterhin EU-Recht galt (EK o.D.).

Eine Task Force der Europäischen Kommission (UKTF = Task Force for Relations with the UK) koordiniert die Erörterung strategischer, rechtlicher sowie finanzieller Themenbereiche im Zusammenhang mit dem Brexit und zukünftiger bilateraler Beziehungen (EK o.D.).

Nach monatelanger Prüfung stimmte das EU-Parlament dem Handelsabkommen mit dem Vereinigten Königreich am 27.4.2021 zu. Auf das Abkommen hatten sich Brüssel und London vor dem Auslaufen der Brexit-Übergangsfrist Ende Dezember 2020 geeinigt (HB 28.4.2021). Bürger von EU-Mitgliedsstaaten könnten Schwierigkeiten haben, in Großbritannien zu bleiben. Während viele in dieser Gruppe von 3,4 Millionen Menschen nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU zum Verbleib berechtigt sein sollten, hat sich die Sicherung dieses Status für einige von ihnen als schwierig erwiesen (FH 3.3.2021).

Das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland besteht aus den zuvor unabhängigen Landesteilen England, Wales, Schottland, Nordirland sowie einer Reihe vorgelagerter Inseln. Die Isle of Man und die Kanalinseln Guernsey und Jersey sind nicht Teil des Vereinigten Königreichs, obwohl sie unmittelbar der britischen Krone unterstellt sind (laenderdaten.info o.D.).

Das Vereinigte Königreich ist eine konstitutionelle Monarchie mit einer parlamentarischen Mehrparteien-Regierungsform. Das britische Parlament ist ein Zweikammersystem und besteht aus dem House of Lords (Oberhaus) sowie dem House of Commons (Unterhaus). Während die Mitglieder des House of Lords ernannt werden oder über erbliche Sitze verfügen, werden die Abgeordneten des House of Commons von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt (USDOS 30.3.2021). Nur wer in einem der 650 Wahlkreise die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält, bekommt auch den entsprechenden Sitz im Parlament. Aufgrund der Direktwahl benötigt der Gewinner nur eine Stimme mehr als der zweitplatzierte Kandidat (Zeit 13.12.2019).

Die letzten Wahlen fanden im Dezember 2019 statt (USDOS 30.3.2021). Hierbei hat die Konservative Partei (Tories) von Premierminister Boris Johnson die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament gewonnen (Welt 13.12.2019).

Grundsätzlich wird das britische Regierungssystem im Wesentlichen von der Conservative Party (auch "Tories") und der Labour Party bestimmt. Seit mehreren Jahrzehnten werden die Premierminister ausschließlich von diesen beiden Parteien gestellt (BS o.D).

Am 6. Mai 2021 fanden erstmals nach Beginn der Corona-Pandemie und dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU Kommunal- und Regionalwahlen statt. In Schottland und Wales waren die Bürger zur Wahl ihrer Regionalparlamente aufgerufen; in London und vielen anderen Städten und Bezirken Englands wurden Bürgermeister und Gemeinderäte gewählt (Zeit 6.5.2021). Der Urnengang ergab im Wesentlichen eine Bestätigung der aktuellen Kräfteverhältnisse. In Schottland konnte die Scottish National Party (SNP) von Nicola Sturgeon leicht zulegen, verfehlte aber knapp die absolute Mehrheit. Dennoch gibt es – gemeinsam mit den schottischen Grünen, die ebenso für die Unabhängigkeit eintreten – im neu gewählten schottischen Parlament weiterhin eine Mehrheit für ein zweites Unabhängigkeitsreferendum (KAS 12.5.2021).

Schottland, Nordirland, Wales und Bermuda haben gewählte gesetzgebende Körperschaften und dezentralisierte Verwaltungen mit jeweils unterschiedlichen Graden an legislativen und exekutiven Befugnissen. Das Vereinigte Königreich hat 14 Überseegebiete, einschließlich Bermuda. Jedes dieser Überseegebiete verfügt über seine jeweils eigene Verfassung, während die britische Regierung für die auswärtigen Angelegenheiten und die Verteidigung zuständig ist (USDOS 30.3.2021).

Das Vereinigte Königreich hat etwa 66 Millionen Einwohner, die sich wie folgt verteilen: England: 84%, Schottland: 8%, Wales: 5% und Nordirland: 3% (CIA 16.6.2021).

Quellen:

- BPB – Bundeszentrale für politische Bildung (o.D.): Austritt/Ausschluss aus der EU, <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/176694/austritt-ausschluss-aus-der-eu>, Zugriff 28.6.2021
- BS – Bertelsmann Stiftung (o.D.): United Kingdom Report. Sustainable Governance Indicators, https://www.sgi-network.org/docs/2020/country/SGI2020_UK.pdf, Zugriff 22.6.2021
- CIA (16.6.2021): The World Factbook – United Kingdom, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/united-kingdom/>, Zugriff 21.6.2021
- EK – Europäische Kommission (o.D.): Brexit in brief, https://ec.europa.eu/info/european-union-and-united-kingdom-forging-new-partnership/brexit-brief_en, Zugriff 28.5.2021
- FH - Freedom House (3.3.2021): Freedom in the World 2021 - United Kingdom, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2046546.html>, Zugriff 25.6.2021
- HB – Handelsblatt (28.4.2021): Die Chronologie des Brexits – der EU-Austritt Großbritanniens zusammengefasst, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/brexit-zusammenfassung-die-chronologie-des-brexits-der-eu-austritt-grossbritanniens-zusammengefasst/24097616.html?ticket=ST-6802675-oTemhpdPla1dZlj0XThh-ap3>, Zugriff 28.6.2021
- KAS – Konrad-Adenauer-Stiftung (12.5.2021): Hält das Vereinigte Königreich zusammen?, <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/haelt-das-vereinigte-koenigreich-zusammen>, Zugriff 22.6.2021
- laenderdaten.info (o.D.): Vereinigtes Königreich, <https://www.laenderdaten.info/Europa/Vereinigtes-Koenigreich/index.php>, Zugriff 22.6.2021
- USDOS – US Department of State (30.3.2021): 2020 Country Report on Human Rights Practices: United Kingdom, <https://www.ecoi.net/en/document/2048494.html>, Zugriff 21.6.2021
- Welt (13.12.2019): Wahl in Großbritannien. Alle Ergebnisse und Grafiken im Überblick, <https://www.welt.de/politik/ausland/article203914212/Grossbritannien-Wahl-2019-Alle-Ergebnisse-und-Grafiken-zur-Brexit-Wahl.html>, Zugriff 22.6.2021
- ZEIT (6.5.2021): Am wichtigsten ist der Wahlausgang in Schottland, https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-05/regionalwahlen-grossbritannien-schottland-unabhaengigkeit-wales-brexit?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F, Zugriff 22.6.2021
- ZEIT (13.12.2019): Konservative von Boris Johnson holen absolute Mehrheit, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-12/wahlergebnis-konservative-von-boris-johnson-holen-absolute-mehrheit>, Zugriff 22.6.2021

4. Sicherheitslage

Die Sicherheitslage im Vereinigten Königreich ist stabil (EDA 31.5.2021).

In Nordirland allerdings haben die Spannungen zwischen den konfessionellen und politischen Lagern seit dem Brexit wieder zugenommen. Grund hierfür ist das sogenannte Nordirland-Protokoll, das als Teil des Brexit-Deals Sonderregeln für Nordirland vorsieht, um eine irisch-nordirische harte Grenze auf der Insel zu vermeiden. Für Nordirland gelten dadurch weiter die Regeln des EU-Binnenmarktes. Die protestantischen Unionisten befürchten in der Folge, durch die daraus resultierenden neuen Kontrollen in der Irischen See zunehmend von Großbritannien abgekoppelt zu werden (Zeit 28.4.2021).

Insbesondere rund um politische Gedenktage (Juni bis August) kann es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen von rivalisierenden paramilitärischen Gruppen und Sicherheitskräften kommen. Es gibt auch ein Risiko von Anschlägen durch Splittergruppen der Irish Republican Army (IRA) (EDA 31.5.2021; vgl. AA 29.6.2021).

Quellen:

- AA – Auswärtiges Amt (29.6.2021): Großbritannien und Nordirland. Reise und Sicherheitshinweise, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/grossbritannien-node/grossbritanniensicherheit/206408>, Zugriff 7.7.2021
- EDA – Eidgenössisches Department für auswärtige Angelegenheiten (31.5.2021): Reisehinweise für das Vereinigte Königreich, <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/vertretungen-und-reisehinweise/grossbritannien/reisehinweise-fuergrossbritannien.html>, Zugriff 7.7.2021
- Zeit (28.4.2021): Regierungschefin Arlene Foster tritt zurück, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-04/arlene-foster-regierungschefin-nordirland-ruecktritt>, Zugriff 7.7.2021

5. Rechtsschutz / Justizwesen

Das Gesetz sieht eine unabhängige Justiz vor, und die Regierung respektiert die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz und hält sich an gerichtliche Entscheidungen (USDOS 30.3.2021; vgl. FH 3.3.2021). Ein neuer Oberster Gerichtshof nahm 2009 seine Arbeit auf und verbesserte die Gewaltenteilung, indem er das höchste Gericht aus dem Oberhaus herauslöste (FH 3.3.2021).

Verfahren sind fair und öffentlich. Für Angeklagte gilt die Unschuldsvermutung, und sie haben das Recht, unverzüglich und detailliert über die Anklage informiert zu werden. Strafverfahren müssen ohne unangemessene Verzögerung abgehalten werden und sie sind – mit Ausnahme von Fällen vor dem Jugendgericht oder solchen, die den öffentlichen Anstand oder die Sicherheit betreffen - öffentlich. Angeklagte haben das Recht, mit einem Anwalt ihrer Wahl zu kommunizieren oder bei finanzieller Notlage auf öffentliche Kosten einen solchen beigelegt zu erhalten. Auch haben Angeklagte das Recht, gegen Urteile Berufung einzulegen (USDOS 30.3.2021).

Quellen:

- FH - Freedom House (3.3.2021): Freedom in the World 2021 - United Kingdom, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2046546.html>, Zugriff 25.6.2021
- USDOS – US Department of State (30.3.2021): 2020 Country Report on Human Rights Practices: United Kingdom, <https://www.ecoi.net/en/document/2048494.html>, Zugriff 21.6.2021

6. Sicherheitsbehörden

Außer in Schottland und Nordirland sorgt die nationale, dem Innenministerium unterstellte Polizei für die innere Sicherheit. Die dem Verteidigungsministerium unterstellte Armee ist für die äußere Sicherheit zuständig und kann im Extremfall zur Unterstützung der Polizei herangezogen werden. Die National Crime Agency untersucht schwere Kriminalität und befasst sich darüber hinaus mit organisierter Kriminalität, mit Wirtschafts- und Cyberkriminalität sowie mit Grenz- und Kinderschutz. Der Generaldirektor der National Crime Agency nimmt die unabhängige operative Leitung und Kontrolle über die Aktivitäten der Agentur wahr und ist dem Innenminister gegenüber zur Rechenschaft verpflichtet (USDOS 30.3.2021).

Das schottische sowie das nordirische Justiz-, Rechts- und Strafverfolgungssystem sind von jenem des restlichen Vereinigten Königreichs getrennt. Organisation und Verwaltung der jeweiligen Polizeidienste werden von diesen beiden Ländern unabhängig gestaltet, auch wenn die Polizeikultur insgesamt betrachtet im gesamten Vereinigten Königreich sehr ähnlich strukturiert ist (HoC 3.7.2021). Police Scotland untersteht dem schottischen Justizminister und dem Staatsanwalt und koordiniert grenzüberschreitende Informationen über Verbrechen und Bedrohungen für die nationale britische Polizei und reagiert auf Anfragen der britischen Polizei. Die nordirische Polizei, der „Police Service of Northern Ireland“ untersteht dem Northern Ireland Policing Board, einem öffentlichen Gremium aus Mitgliedern der nordirischen Versammlung und unabhängigen Mitgliedern der Gemeinschaft. Der Bermuda Police Service ist für die innere Sicherheit auf der Insel verantwortlich und berichtet an den vom Vereinigten Königreich ernannten Gouverneur, wird aber von der gewählten Regierung der Insel finanziert (USDOS 30.3.2021).

Die zivilen Behörden im gesamten Vereinigten Königreich und seinen Territorien üben eine effektive Kontrolle über die Sicherheitskräfte aus. Es sind keine Übergriffe durch Mitglieder der Sicherheitskräfte bekannt. Auch gibt es keine Berichte über signifikante Menschenrechtsverletzungen. Die Regierung verfügt über Mechanismen zur Identifizierung und Bestrafung von Beamten, die möglicherweise Menschenrechtsverletzungen begangen haben (USDOS 30.3.2021).

Quellen:

- HoC – House of Commons Library (3.7.2021): Policing in the UK, <https://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/CBP-8582/CBP-8582.pdf>, Zugriff 7.7.2021
- USDOS – US Department of State (30.3.2021): 2020 Country Report on Human Rights Practices: United Kingdom, <https://www.ecoi.net/en/document/2048494.html>, Zugriff 21.6.2021

7. Folter und unmenschliche Behandlung

Verfassung und Gesetz verbieten Folter und unmenschliche Behandlung (USDOS 30.3.2021), aber es gab einige Berichte über Gewaltanwendung bzw. Kontroll- und Fixierungsmaßnahmen in britischen Haftanstalten (USDOS 30.3.2021; vgl. CoE-CPT 11.10.2019). Beschwerden über Missstände bei den Sicherheitskräften ziehen allerdings entsprechende Untersuchungen durch die zuständigen Behörden (Independent Office for Police Conduct, Her Majesty's Inspectorate of Constabulary and Fire & Rescue Services und Her Majesty's Inspectorate of Prisons) nach sich (USDOS 30.3.2021).

Quellen:

- CoE-CPT – Council of Europe - European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (11.10.2019): Report to the Government of the United Kingdom on the visit to the United Kingdom from 17 to 25 October 2018, <https://www.ecoi.net/en/file/local/2018210/2019-29-inf-eng.docx.pdf>, Zugriff 7.7.2021
- USDOS – US Department of State (30.3.2021): 2020 Country Report on Human Rights Practices: United Kingdom, <https://www.ecoi.net/en/document/2048494.html>, Zugriff 21.6.2021

8. Korruption

Das Gesetz sieht strafrechtliche Sanktionen für Korruption durch Beamte vor und dies wird von der Regierung effektiv umgesetzt. Über Korruption in der Regierung gibt es keine Berichte (USDOS 30.3.2021; vgl. FH 3.3.2021). Abgeordnete sind verpflichtet, Vermögen und Einkommensquellen offenzulegen und diese Informationen werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht (FH 3.3.2021).

Gemäß Corruption Perceptions Index von Transparency International liegt das Vereinigte Königreich 2020 auf Rang 11 von insgesamt 180 Staaten (TI o.D).

Quellen:

- FH - Freedom House (3.3.2021): Freedom in the World 2021 - United Kingdom, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2046546.html>, Zugriff 25.6.2021
- TI – Transparency International (o.D): Country Data. United Kingdom, <https://www.transparency.org/en/countries/united-kingdom>, Zugriff 22.6.2021
- USDOS – US Department of State (30.3.2021): 2020 Country Report on Human Rights Practices: United Kingdom, <https://www.ecoi.net/en/document/2048494.html>, Zugriff 21.6.2021

9. Wehrdienst und Rekrutierungen

Großbritannien hat bereits 1963 die Wehrpflicht abgeschafft und war damit Vorreiter bei der Professionalisierung der Streitkräfte in Europa (TS 6.8.2018; vgl. CIA 16.6.2021). Der Berufsarmee gehören etwa 150.000 Soldaten an. Mit elterlicher Zustimmung kann das Eintrittsalter 16 Jahre betragen; die Mindestdienstzeit beläuft sich auf vier Jahre (CIA 16.6.2021).

Quellen:

- CIA (16.6.2021): The World Factbook – United Kingdom, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/united-kingdom/>, Zugriff 21.6.2021
- TS - Tagesschau (6.8.2018): Wehrpflicht. Ein Auslaufmodell der NATO, <https://www.tagesschau.de/ausland/wehrpflichtnato100.html>, Zugriff 22.6.2021

10. Allgemeine Menschenrechtslage

Das Vereinigte Königreich ist eine stabile Demokratie, die regelmäßig freie und faire Wahlen abhält und über einen lebendigen Mediensektor verfügt. Während die Regierung einen robusten Schutz der politischen Rechte und der bürgerlichen Freiheiten durchsetzt, gab es in den letzten Jahren Bedenken über die zunehmende Überwachung der Bevölkerung durch die Regierung sowie über eine zunehmende Islamophobie sowie einwanderungsfeindliche Stimmung (FH 3.3.2021).

Im März 2020 wurde ein Bericht über den sogenannten "Windrush-Skandal" veröffentlicht. Die Überprüfung deckte schwerwiegende Versäumnisse in der Behandlung der sogenannten Windrush-Generation durch die Regierung auf, die sich vor 1973 als britische Staatsbürger aus der Karibik und anderen Commonwealth-Ländern in Großbritannien niederließ. Diese Menschen wurden aber später zusammen mit einigen ihrer Nachkommen so behandelt, als hätten sie keine Erlaubnis, sich in Großbritannien aufzuhalten. Obwohl die Regierung versprach, nach den weitreichenden Empfehlungen der Überprüfung zu handeln, wurde es verabsäumt, die eigentlichen Ursachen des Skandals wie den in den Nationalitäts- und Einwanderungsgesetzen und -politiken verankerten Rassismus anzugehen (USDOS 30.3.2021; vgl. FH 3.3.2021; vgl. HRW 13.1.2021).

Das Gesetz sieht das Recht auf freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit vor und die Regierung respektiert dies (USDOS 30.3.2021). Die Medienlandschaft ist lebendig und wettbewerbsfähig und deckt das politische Spektrum ab (FH 3.3.2021). In der von der NGO Reporter ohne Grenzen (RoG) veröffentlichten Rangliste der Pressefreiheit 2021 (Berichtszeitraum 2020) befindet sich Großbritannien auf Platz 35 von insgesamt 180 gelisteten Ländern (RoG o.D.).

Äußerungen von Hass gegenüber Personen aufgrund ihrer Hautfarbe, Rasse, Nationalität (einschließlich Staatsbürgerschaft), ihrer ethnischen oder nationalen Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung sowie jegliche Kommunikation, die als bedrohlich oder beleidigend angesehen wird und darauf abzielt, eine Person zu belästigen, zu beunruhigen oder zu bedrängen, sind verboten und werden mit Geld- und/oder Haftstrafen geahndet (USDOS 30.3.2021).

Das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit wird respektiert, auch wenn friedliche Demonstranten bei der Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen in den letzten Jahren von der Polizei überwacht wurden. NGOs arbeiten im Allgemeinen frei. In den letzten Jahren haben jedoch

Enthüllungen bezüglich einer Überwachung von NGOs und politischen Organisationen für Kritik gesorgt (FH 3.3.2021).

Die Bedingungen in den Gefängnissen und Haftanstalten entsprechen internationalen Standards, weisen jedoch einige Mängel auf (USDOS 30.3.2021). Es gibt Berichte über ein schlechtes Sicherheitsniveau, ein hohes Maß an Gewalt, Überbelegung, lange Isolationsphasen und einen alarmierend hohen Drogenkonsum ((HMI 20.10.2020; vgl. DW 30.4.2020; vgl. CoE 11.10.2019). Im Jahresbericht 2019-2020 von *Her Majesty's Chief Inspector of Prisons* wird festgestellt, dass in mehreren Gefängnissen für Männer und Jugendeinrichtungen die Anwendung von Gewalt nicht ausreichend dokumentiert wird, was in solchen Fällen eine Beurteilung der Verhältnismäßigkeit erschwert. Die Zahl der Vorfälle von Selbstverletzungen ist 2020 gestiegen (HMI 20.10.2020).

Quellen:

- CoE-CPT – Council of Europe - European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (11.10.2019): Report to the Government of the United Kingdom on the visit to the United Kingdom from 17 to 25 October 2018, <https://www.ecoi.net/en/file/local/2018210/2019-29-inf-eng.docx.pdf>, Zugriff 7.7.2021
- DW – Deutsche Welle (30.4.2020): Europarat prangert Zustände in britischen Gefängnissen an, <https://www.dw.com/de/europarat-prangert-zust%C3%A4nde-in-britischen-gef%C3%A4ngnissen-an/a-53291748>, Zugriff 7.7.2021
- FH - Freedom House (3.3.2021): Freedom in the World 2021 - United Kingdom, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2046546.html>, Zugriff 25.6.2021
- HMI - HM Inspectorate of Prisons (20.10.2020): HM Chief Inspector of Prisons' Annual Report for 2019/20, <https://www.justiceinspectorates.gov.uk/hmiprison/inspections/annual-report-2019-20/>, Zugriff 2.7.2021
- HRW – Human Rights Watch (13.1.2021): World Report 2021 - United Kingdom, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2043739.html>, Zugriff 8.7.2021
- RoG – Reporter ohne Grenzen (o.D.): Rangliste der Pressefreiheit. Großbritannien, https://www.rog.at/wp-content/uploads/2021/04/Index_2021.pdf, Zugriff 25.6.2021
- USDOS – US Department of State (30.3.2021): 2020 Country Report on Human Rights Practices: United Kingdom, <https://www.ecoi.net/en/document/2048494.html>, Zugriff 21.6.2021

11. Todesstrafe

Die Todesstrafe wurde im Jahr 1964 letztmals exekutiert und 1998 auch formell für sämtliche Straftaten abgeschafft (ECPM 10.10.2020; vgl. AI 4/2021).

Quellen:

- AI – Amnesty International (4/2021): Death sentences and executions 2007-2020, <https://www.amnesty.org/en/what-we-do/death-penalty/>, Zugriff 24.6.2021
- ECPM – Ensemble contre la peine de mort (10.10.2020): United Kingdom, <https://www.ecpm.org/en/the-death-penalty-worldwide/>, Zugriff 24.6.2021

12. Religionsfreiheit

Laut der letzten Volkszählung 2011 sind 59,5% der Bevölkerung Christen, 4,4% Muslime, 1,3% Hindus, 0,8% Sikhs, 0,5% Juden und 0,4% Buddhisten. Ungefähr 25% der Bevölkerung gaben keine Religionszugehörigkeit an, und 7% wollten keine Angaben machen. Die Zeugen Jehovas schätzen ihre Mitgliederzahl auf 137.000 Mitglieder, die Baha'i-Gemeinschaft schätzt, dass sie mehr als 7.000 Mitglieder hat (CIA 16.6.2021; vgl. USDOS 12.5.2021).

In Ermangelung einer schriftlichen Verfassung legt das Gesetz die Church of England als Englands Staatskirche und die Church of Scotland als Schottlands Nationalkirche fest (USDOS 12.5.2021). Die Religionsfreiheit ist in Gesetz und Praxis geschützt. Aufstachelung zu religiösem Hass sowie jegliche Diskriminierung aufgrund der Religion sind verboten (FH 3.3.2021; vgl. USDOS 12.5.2021). Die maximale Strafandrohung beläuft sich in solchen Fällen auf sieben Jahre Gefängnis. Dennoch berichten Minderheitengruppen, insbesondere Muslime, von Diskriminierung, Belästigung und gelegentlichen Übergriffen (FH 3.3.2021). Die Zahl der religiös motivierten Hassverbrechen ist seit den Jahren 2012/2013 bis zum Beginn der Covid-Pandemie stetig angestiegen. Im Jahr 2019/2020 richteten sich ca. 50% der religiös motivierten Hassverbrechen gegen Muslime und 19% gegen Juden (USDOS 30.3.2021).

Das Antiradikalisierungsprogramms *Prevent* zielt darauf ab, Personen, die für die Rekrutierung durch Terroristen oder Extremisten anfällig sind, zu identifizieren und vor einem Abgleiten in die Radikalität zu schützen (FH 3.3.2021). Erfolgen soll dies durch eine gesetzliche Verpflichtung für Schulen, NHS-Trusts, Gefängnisse und lokale Behörden, alle Bedenken zu melden, die sie in Bezug auf Personen haben, bei denen die Gefahr besteht, dass sie sich dem Extremismus zuwenden könnten. Dies hat zu Fällen geführt, in denen Lehrer Grundschulkinder bei der Polizei gemeldet haben, weil sie Spielzeugwaffen hatten oder über Videospiele sprachen. Es gibt jedes Jahr Tausende von Überweisungen, aber – wie jüngste Zahlen zeigen – werden nur 11% der Überwiesenen letztendlich tatsächlich als radikalierungsgefährdet eingestuft (TheGuardian 17.3.2021). Aus Angst, in dem genannten Programm erfasst zu werden, zeigen sich Muslime zurückhaltend, in einigen Einrichtungen wie insbesondere in Schulen religiöse Themen oder ihre Identität zu diskutieren. Pädagogen und Menschenrechtsgruppen kritisieren die Politik dafür, Muslime mit dem Programm zur Selbstzensur zu zwingen (FH 3.3.2021).

Im Oktober 2020 veröffentlichte die Gleichstellungs- und Menschenrechtskommission (EHRC) einen Bericht, in dem die Labour Party aufgefordert wurde, ihren Umgang mit Antisemitismusvorwürfen innerhalb der Partei zu reformieren (USDOS 12.5.2021; vgl. BBC 29.10.2020).

Die Regierung kündigte an, die Mittel für physische Sicherheitsmaßnahmen für muslimische, christliche, Sikh- und Hindu-Gottesdienste aufzustocken. Über eine NGO wurden überdies 14 Millionen Pfund zur Verfügung gestellt, um die Sicherheit jüdischer Einrichtungen, darunter Schulen und Synagogen, zu gewährleisten (USDOS 12.5.2021).

Quellen:

- CIA (16.6.2021): The World Factbook – United Kingdom, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/united-kingdom/>, Zugriff 21.6.2021
- BBC (29.10.2020): What does the Labour Antisemitism Report say?, <https://www.bbc.com/news/uk-politics-54731222>, Zugriff 8.7.2021
- FH - Freedom House (3.3.2021): Freedom in the World 2021 - United Kingdom, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2046546.html>, Zugriff 25.6.2021
- The Guardian (17.3.2021): Hundreds of Islamic groups boycott Prevent review over choice of chair, <https://www.theguardian.com/uk-news/2021/mar/17/hundreds-islamic-groups-boycott-prevent-review-william-shawcross-protest>, Zugriff 28.6.2021
- USDOS – US Department of State (12.5.2021): 2020 Report on International Religious Freedom: United Kingdom, <https://www.ecoi.net/en/document/2051728.html>, Zugriff 21.5.2021

13. Minderheiten

Aufgrund der kolonialen Geschichte des Landes hat das Vereinigte Königreich einen großen Anteil an ethnischen Minderheiten. Diese machen ca. 14 % der Bevölkerung aus und deren Integration ist seit langem ein wichtiger Bereich der Regierungspolitik. Obwohl der Human Rights Act 1998 und der Race Relations (Amendment) Act 2000 allen öffentlichen Behörden die allgemeine Pflicht zur Förderung der Rassengleichheit auferlegen, hat das Vereinigte Königreich kein formelles Integrationsprogramm entwickelt. Aufgrund der grundsätzlich multikulturellen Ausrichtung des Landes wird dem Schutz von Minderheiten traditionell mehr Bedeutung beigemessen als der Integration von Migranten. Bei letzterer gibt es sowohl regionale als auch ethnische Unterschiede, wobei einige Städte und kleinere Ortschaften Bevölkerungskonzentrationen verschiedener ethnischer Gruppen aufweisen, woraus sich Spannungen bezüglich des Zugangs zu öffentlichem Wohnraum und zu öffentlichen Dienstleistungen ergeben. Im Zusammenhang mit dem Brexit-Referendum kam es zu einem Anstieg von einwanderungsfeindlicher Rhetorik und rassistisch motivierten Straftaten (BS o.D.; vgl. FH 3.3.2021).

Ethnische Minderheiten haben Schwierigkeiten bei Einstellung und Beförderung und werden öfters mit Diskriminierung am Arbeitsplatz konfrontiert (USDOS 30.3.2021).

Quellen:

- BS – Bertelsmann Stiftung (o.D.): United Kingdom Report. Sustainable Governance Indicators, https://www.sgi-network.org/docs/2020/country/SGI2020_UK.pdf, Zugriff 22.6.2021
- FH - Freedom House (3.3.2021): Freedom in the World 2021 - United Kingdom, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2046546.html>, Zugriff 25.6.2021

- USDOS – US Department of State (30.3.2021): 2020 Country Report on Human Rights Practices: United Kingdom, <https://www.ecoi.net/en/document/2048494.html>, Zugriff 24.6.2021

14. Relevante Bevölkerungsgruppen

Das Gesetz sieht für Frauen und Männer die gleichen Rechte vor. Dennoch gibt es weiterhin geschlechtsspezifische Diskriminierung am Arbeitsplatz und in anderen Bereichen der Gesellschaft (FH 3.3.2021; vgl. USDOS 30.3.2021). Das Lohngefälle hat sich bei Geringverdienern zwar verringert, ist aber bei Gutverdienern weitgehend konstant geblieben (USDOS 30.3.2021).

Vergewaltigung einschließlich Vergewaltigung in der Ehe stellt einen Straftatbestand dar, der mit maximal lebenslanger Freiheitsstrafe geahndet werden kann. Das Gesetz kriminalisiert häusliche Gewalt. Wer Ehepartner, Partner oder Familienmitglieder misshandelt, wird härter bestraft als diejenigen, die ähnliche Straftaten in einem nicht-häuslichen Kontext begehen (USDOS 30.3.2021).

Frauen sind ebenso wie LGBT+-Menschen und Angehörige ethnischer Minderheitengruppen in der britischen Politik vertreten und aktiv. Nach der Parlamentswahl im Dezember 2019 waren mit einer Rekordzahl von 220 Parlamentsmitgliedern (MPs) 34% des Unterhauses weiblich (FH 3.3.2021).

Das gesetzliche Mindestalter für die Eheschließung beträgt 16 Jahre. Im Gegensatz zu Schottland benötigen in England, Nordirland und Wales Personen, die jünger als 18 Jahre sind, jedoch die schriftliche Zustimmung der Eltern oder Erziehungsberechtigten zur Eheschließung und die minderjährige Person muss eine Geburtsurkunde vorlegen (USDOS 30.3.2021).

Gleichgeschlechtliche Eheschließungen sowie die Umwandlung bereits bestehender Lebenspartnerschaften sind – nachdem 2019 nun auch in Nordirland ein entsprechendes Gesetz erlassen wurde - nunmehr im gesamten Vereinigten Königreich möglich (AI 7.4.2021; vgl. DW 22.10.2019). In den vergangenen Jahren wurde ein anhaltender Anstieg von Hassverbrechen gegen LGBT+ Bürgerinnen und Bürger verzeichnet (FH 3.3.2021).

Quellen:

- AI – Amnesty International (7.4.2021): United Kingdom 2020, <https://www.ecoi.net/en/document/2048785.html>, Zugriff 22.6.2021)
- DW – Deutsche Welle (22.10.2019): Homo-Ehe in Nordirland erlaubt, <https://www.dw.com/de/homo-ehe-in-nordirland-erlaubt/a-50925095>, Zugriff 28.6.2021
- FH - Freedom House (3.3.2021): Freedom in the World 2021 - United Kingdom, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2046546.html>, Zugriff 25.6.2021
- USDOS – US Department of State (30.3.2021): 2020 Country Report on Human Rights Practices: United Kingdom, <https://www.ecoi.net/en/document/2048494.html>, Zugriff 24.6.2021

15. Bewegungsfreiheit

Das Gesetz sieht Freizügigkeit im Inland, Auslandsreisen, Auswanderung und Repatriierung vor und die Regierung respektiert diese Rechte (USDOS 30.3.2021). Auch für Flüchtlinge, Personen mit humanitärem Schutz oder deren Familienangehörige gibt es keine Einschränkungen der Freizügigkeit (AIDA 3.2021).

Quellen:

- AIDA – Asylum Information Database – Refugee Council / European Council on Refugees and Exiles (ECRE) (3.2021): Country Report: United Kingdom, https://asylumineurope.org/wp-content/uploads/2021/03/AIDA-UK_2020update.pdf, Zugriff 26.6.2021
- USDOS – US Department of State (30.3.2021): 2020 Country Report on Human Rights Practices: United Kingdom, <https://www.ecoi.net/en/document/2048494.html>, Zugriff 21.6.2021

16. IDPs und Flüchtlinge

Die britische Regierung arbeitet mit dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und anderen humanitären Organisationen zusammen, um Flüchtlingen, Asylwerbern, Staatenlosen oder anderen betroffenen Personen Schutz und Hilfe zu bieten. Im Laufe des Jahres 2020 wurden die verschiedenen Programme in einem einzigen übergeordneten Programm zusammengefasst, um die Neuansiedlung von Flüchtlingen einheitlicher zu gestalten und den geografischen Fokus über den Nahen Osten und Nordafrika hinaus zu erweitern. UNHCR begrüßte diese Umstellung (USDOS 30.3.2021; vgl. UNHCR o.D.).

Beamte des Innenministeriums haben die Befugnis, Asylwerber und unerlaubt eingereiste Migranten ohne Zeitlimit in Haft zu nehmen, um deren Identität oder Anspruchsgrundlage festzustellen, sie außer Landes zu bringen, oder um zu verhindern, dass sie den Bedingungen für einen temporären Aufenthalt nicht verletzen (USDOS 30.3.2021; vgl. TMO – 20.5.2020). In England, Schottland, Wales und Nordirland sieht das Gesetz die Gewährung von Asyl bzw. einem Flüchtlingsstatus vor; ein System zum Schutz von Flüchtlingen wurde eingerichtet (USDOS 30.3.2021). Das Asylrecht ist eine Angelegenheit der britischen Regierung und wird zentral vom Innenministerium bearbeitet (AIDA 03.2021; vgl. USDOS 30.3.2021). Bermudas Verfassung und Gesetze sehen die Gewährung von Asyl oder einem Flüchtlingsstatus nicht vor, und dort existiert kein etabliertes System, um Flüchtlingen Schutz zu gewähren (USDOS 30.3.2021).

NGOs kritisieren den Umgang der Regierung mit Asylbewerbern, die von Frankreich aus den Ärmelkanal überqueren (USDOS 30.3.2021). Im Jahr 2020 wurden etwa 8.500 Menschen beim Versuch aufgegriffen, das Vereinigte Königreich illegal auf Booten über den Ärmelkanal zu erreichen (TMO 2.7.2021; vgl. USDOS 30.3.2021). Medien berichteten, dass viele dieser Asylsuchenden in Internierungslagern festgehalten wurden (BBC 23.10.2020; TheGuardian

13.11.2020). Die genannte Zahl von 8.500 im Jahr 2020 aufgegriffenen Personen wurde im Jahr 2021 bereits im Juli überschritten (BBC 22.7.2021).

Für die Dauer der Bearbeitung ihres Antrags haben Asylwerber Anspruch auf staatliche Unterstützung, die 30% unter dem normalen Satz für die gegebene Familiengröße liegt, ein Betrag, der von NGOs als unzureichend angesehen wird. Weiters wird kritisiert, dass die Regierung die Leistungen 28 Tage nach der Zuerkennung des Flüchtlingsstatus einstellt. Dies führe dazu, dass einige Menschen mittellos würden (USDOS 30.3.2021).

Anerkannte Flüchtlinge sind berechtigt, zu arbeiten. Sofern ihnen dies nicht möglich ist, haben sie Anspruch auf staatliche Leistungen. In Schottland hat die dezentrale Regierung das *Refugee Doctors' Program* finanziert, um Flüchtlingen zu helfen, für den *National Health Service Scotland* zu arbeiten. Das Programm bietet Ärzten fortgeschrittenen Englischunterricht, medizinischen Unterricht und Praktika bei Allgemeinärzten oder in Krankenhäusern, um ihnen die nötigen Fähigkeiten für eine medizinische Zulassung in Großbritannien zu vermitteln. Die Regierung kann Personen, die sich nicht als Flüchtlinge qualifizieren, vorübergehenden Schutz gewähren (USDOS 30.3.2021; vgl. NHS 10.2.2021).

Das britische Parlament verabschiedete im November 2020 ein neues Einwanderungsgesetz, das dem Innenminister außergewöhnlich weitreichende legislative Befugnisse einräumte und die Freizügigkeitsrechte nach EU-Recht beendete (AI 7.4.2021; vgl. GovUK 11.11.2020).

Bis Ende des Jahres 2020 unterlag Großbritannien der Dublin-III-Verordnung und betrachtete alle anderen EU-Mitgliedsstaaten als sichere Herkunfts- oder Transitstaaten (USDOS 30.3.2021). Mit dem EU-Austritt wurde die Dublin-III-Verordnung obsolet und ist somit – nach einer Übergangsfrist bis Ende 2020 - seit dem 1. Januar 2021 in Bezug auf Großbritannien nicht mehr anwendbar (AIDA 3.2021; vgl. IAM 2.2.2021).

Antragsteller aus sicheren Herkunftsländern oder solche, die über sichere Drittstaaten eingereist sind, tragen die Beweislast für ihre Schutzbedürftigkeit (USDOS 30.3.2021). Die Regeln bezüglich sicherer Drittstaaten wurden Ende 2020 überarbeitet. Nunmehr gibt es keine Unterscheidung mehr zwischen EU- und Nicht-EU-Staaten. Gegen Sichere-Drittstaats-Entscheidungen gibt es keine Beschwerdemöglichkeiten. Eine Beschwerde kann jedoch eingelegt werden, wenn die Abschiebung der betreffenden Person in ein Land erfolgt, wo eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention anzunehmen ist (AIDA 3.2021).

Quellen:

- AI – Amnesty International (7.4.2021): United Kingdom 2020, <https://www.ecoi.net/en/document/2048785.html>, Zugriff 22.6.2021
- AIDA – Asylum Information Database – Refugee Council / European Council on Refugees and Exiles (ECRE) (3.2021): Country Report: United Kingdom, https://asylumineurope.org/wp-content/uploads/2021/03/AIDA-UK_2020update.pdf, Zugriff 26.6.2021
- BBC – (23.10.2020): English Channel migrants “being detained in unfit conditions”, <https://www.bbc.com/news/uk-54652234>, Zugriff 7.7.2021
- BBC – (22.07.2021): Channel crossings: Hundreds more migrants cross to UK, <https://www.bbc.com/news/uk-england-kent-57937202>, Zugriff 2.8.2021
- GOV.UK (11.11.2020): Immigration Act receives Royal Assent: free movement to end on 31 December 2020, <https://www.gov.uk/government/news/immigration-act-receives-royal-assent-free-movement-to-end-on-31-december-2020>, Zugriff 7.7.2021)
- IAM – Informationsverbund Asyl-Migration (2.2.2021): Informationen zu Auswirkungen des Brexits auf Asylverfahren, <https://www.asyl.net/view/informationen-zu-auswirkungen-des-brexits-auf-asylverfahren/>, Zugriff 28.6.2021
- NHS – Education for Scotland (10.2.2021): Refugee Doctors’ Programme, <https://www.nes.scot.nhs.uk/our-work/refugee-doctors-programme/>, Zugriff 7.7.2021
- TheGuardian (13.11.2020): Asylum seekers crossing Channel face 'inhumane treatment', observers say, <https://www.theguardian.com/uk-news/2020/nov/13/asylum-seekers-crossing-channel-face-inhumane-treatment-observers-say>, Zugriff 7.7.2021
- TMO – the Oxford Observatory (20.5.2020): Immigration Detention in the UK, <https://migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/briefings/immigration-detention-in-the-uk/>, Zugriff 7.7.2021
- TMO – the Oxford Observatory (2.7.2021): Immigration Detention in the UK, <https://migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/commentaries/qa-migrants-crossing-the-english-channel-in-small-boats/>, Zugriff 7.7.2021
- UNHCR – The UN Refugee Agency (o.D.): UNHCR UK. Quality Protection Partnership, <https://www.unhcr.org/uk/quality-initiative-and-integration.html>, Zugriff 7.7.2021
- USDOS – US Department of State (30.3.2021): 2020 Country Report on Human Rights Practices: United Kingdom, <https://www.ecoi.net/en/document/2048494.html>, Zugriff 21.6.2021

17. Grundversorgung und Wirtschaft

Großbritannien ist als führende Handelsmacht und Finanzzentrum nach Deutschland und Frankreich die drittgrößte Volkswirtschaft in Europa. Die Landwirtschaft ist intensiv, hoch mechanisiert und im europäischen Vergleich effizient; mit weniger als 2% der Arbeitskräfte produziert sie etwa 60% des Nahrungsmittelbedarfs. Großbritannien verfügt über große Kohle-, Erdgas- und Erdölvorkommen. Diese nehmen aber ab und seit 2005 ist das Land Nettoimporteur von Energie. Dienstleistungen, insbesondere Bank-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistungen sind die Haupttreiber des britischen BIP-Wachstums. Das verarbeitende Gewerbe hat an Bedeutung verloren, macht aber immer noch etwa 10% der Wirtschaftsleistung aus (CIA 16.6.2021).

Die globale Finanzkrise des Jahres 2008 traf Großbritannien aufgrund des stark ausgeprägten Finanzsektors besonders hart. Sinkende Immobilienpreise, eine hohe Verschuldung der Verbraucher und die weltweite Konjunkturabschwächung verschärften die wirtschaftlichen Probleme Großbritanniens und drängten die Wirtschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 in eine Rezession. Seit dem Referendumsvotum zum Austritt aus der EU im Juni 2016 hat sich die Konjunktur in Großbritannien verlangsamt. Eine anhaltende Abwertung des britischen Pfunds hat die Verbraucher- und Erzeugerpreise erhöht und damit die Konsumausgaben belastet, ohne einen nennenswerten Anstieg der Exporte zu bewirken (CIA 16.6.2021). Das Leistungsbilanzdefizit stieg im Jahr 2019 leicht auf 4,6% des BIP an. Dies ist ein Indiz für die anhaltende Exportschwäche der britischen Wirtschaft (BS o.D).

Infolge des EU Austritts und der unsicheren Zukunftsperspektiven hat die britische Wirtschaft schon in den Jahren 2018 und 2019 nur um schwache 1,3% und 1,4% zugelegt. Nach dem formellen Abgang aus der Union am 31.1.2020, und wenig Hoffnung auf umfassenden Zugang zum Binnenmarkt nach Ende der Übergangsfrist am 31.12.2020, wurde auch für 2020 und 2021 nur ein schwaches Plus von 1% erwartet. In der Zwischenzeit manövrierte der durch die Covid-19 Pandemie bedingte wirtschaftliche Teil-Stillstand Großbritannien in eine historische Wirtschaftskrise. Ein kaputt gespartes Gesundheitssystem, die sehr hohe Bevölkerungsdichte, soziale Ungleichgewichte und massive politische Versäumnisse sorgten in der Erstphase der Pandemie für die höchsten Opferzahlen in Europa und erzwangen lange andauernde Betriebsschließungen auch in Industrie und Bauwirtschaft (WKO 4.2021). Im Frühjahr 2021 machten sich schließlich jedoch die positiven Folgen einer beispiellosen Impfkampagne und eines konsequenten, 4-monatigen Lockdowns bemerkbar. Doch trotz der merkbaren Aufbruchsstimmung und einzelner optimistischer Prognosen wollte sich der Aufschwung nicht wie erhofft einstellen. 2020 sank die Wirtschaftsleistung um 9,9%. Die mit Rücksicht auf die darin enthaltenen, massiven Basiseffekte eher gedämpften Wachstumserwartungen von +5,1% für 2021 und +5,5% für 2022, lassen ein Aufschließen zu den Ergebnissen von 2019 – anders als am Kontinent – erst für 2023 erwarten. Dabei erschweren auch die Negativeffekte des endgültigen Abgangs aus EU-Zollunion und Binnenmarkt den Rückweg in die volkswirtschaftliche Gewinnzone. Obwohl die Pfund-Schwäche für gewissen Preisdruck sorgt, hielten Nachfrageanämie und billiges Öl die Inflationsrate 2020 bei 1% (WKO 4.2021). Innerhalb der EU lag der Durchschnitt im selben Jahr bei 0,51% (laenderdaten.info o.D). Für 2021 werden 1,7% erwartet. Die Arbeitslosenquote wird für 2021 mit 5,6% angenommen (WKO 4.2021).

Eine Erhöhung des nationalen Mindeststundenlohns auf das Niveau des sogenannten existenzsichernden Lohns wurde angekündigt und parteiübergreifend unterstützt. Ziel ist, dass die Mindeststundenlöhne in den kommenden Jahren schneller steigen als die Durchschnittslöhne (BS

o.D.). Mit Stand April 2021 lag der Mindeststundenlohn bei 8,91 £ (Anm.: ca. 10,4 EUR) (gov.uk o.D.).

Quellen:

- BS – Bertelsmann Stiftung (o.D.): United Kingdom Report. Sustainable Governance Indicators, https://www.sgi-network.org/docs/2020/country/SGI2020_UK.pdf, Zugriff 22.6.2021
- CIA (16.6.2021): The World Factbook – United Kingdom, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/united-kingdom/>, Zugriff 21.6.2021
- gov.uk (o.D.): National Minimum Wage and National Living Wage rates, <https://www.gov.uk/national-minimum-wage-rates>, Zugriff 28.6.2021
- laenderdaten.info (o.D.): Vereinigtes Königreich, <https://www.laenderdaten.info/Europa/Vereinigtes-Koenigreich/wirtschaft.php>, Zugriff 22.6.2021
- WKO (04.2021): Wirtschaftsbericht Vereinigtes Königreich, <https://www.wko.at/service/aussenwirtschaft/vereinigtes-koenigreich-wirtschaftsbericht.pdf>, Zugriff 28.6.2021

18. Medizinische Versorgung

Der Nationale Gesundheitsdienst (NHS) ist nach wie vor ein Eckpfeiler des universellen Wohlfahrtsstaates des Vereinigten Königreichs und wird weithin als zentrale öffentliche Einrichtung angesehen. Der Großteil der vom NHS bereitgestellten Gesundheitsversorgung ist kostenlos. Es gibt jedoch Gebühren für Rezepte und zahnärztliche Behandlungen, wenngleich bestimmte demographische Gruppen (z.B. Rentner) von diesen Gebühren befreit sind. Zudem gibt es ein begrenztes privates Gesundheitssystem (BS o.D.; vgl. bpb 30.4.20214).

Trotz ständiger realer Erhöhungen der öffentlichen Mittel für das Gesundheitswesen durch Regierungen aller Couleurs kann die Versorgung nicht mit der steigenden Nachfrage Schritt halten. Speziell im Winter sind immer wieder Engpässe zu verzeichnen, da Krankenhäuser mit Notaufnahmen zu kämpfen haben und wegen der Freigabe der benötigten Betten Routineoperationen absagen müssen. Dies ist zum Teil auf die Alterung der Bevölkerung zurückzuführen, zeigt aber auch Unzulänglichkeiten in der Finanzierung und Organisation von Pflegediensten für ältere Menschen auf. Die von den lokalen Behörden finanzierte Sozialfürsorge ist unter Druck geraten, was dazu führt, dass teurere Krankenhauspflege in Anspruch genommen werden muss. Die Qualität der NHS-Leistungen ist hoch und wird von einer unabhängigen Care Quality Commission überwacht. Die finanzielle Lage vieler Krankenhaus-Trusts ist eher prekär und war im letzten Jahr Gegenstand wachsender Besorgnis, da immer mehr Krankenhäuser um die Einhaltung von Standards kämpfen und Zielvorgaben für Wartezeiten von Patienten verfehlen (BS o.D.; vgl. CQC 21.10.2020).

Der NHS steht immer wieder im Mittelpunkt hitziger öffentlicher Debatten. In letzter Zeit haben Tarifänderungen die öffentlichen Zahlungen an Kliniken und Akut-Trusts - private Krankenhausbetreibergesellschaften im Auftrag des Gesundheitsministeriums - verschoben und reduziert. Außerdem gab es einen lang anhaltenden Streit zwischen Regierung und Assistenzärzten über deren Gehälter und Arbeitsbedingungen, der in weiterer Folge zu Streiks führte. Grund hierfür waren Versuche der Regierung, einen vollen 24/7-Betrieb zu erreichen, um auf die Bedenken zu reagieren, dass die Behandlung am Wochenende von geringerem Standard sei. Ein neuer Arbeitsvertrag für Assistenzärzte, der eine Gehaltserhöhung und freundlichere Regeln für Wochenenden und lange Schichten beinhaltet, trat 2019 in Kraft (BS o.D.). Trotzdem kommt es immer wieder zu umfassenden Protesten (TheGuardian 3.7.2021). Auch wenn die Gesundheitsversorgung im Vereinigten Königreich im internationalen Vergleich weit überdurchschnittlich ist, beunruhigt der unklare zukünftige Status von EU-Arbeitsmigranten viele Gesundheitsexperten, zumal das britische Gesundheitswesen auf die Rekrutierung von Personal auf allen Ebenen aus anderen EU-Mitgliedstaaten und Drittländern angewiesen ist (BS o.D.; vgl. GPonline 12.7.2021).

Quellen:

- bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (30.4.2014): Die Finanzierung der Gesundheitsversorgung in Großbritannien, <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/gesundheitspolitik/72928/finanzierung>, Zugriff 7.7.2021
- BS – Bertelsmann Stiftung (o.D.): United Kingdom Report. Sustainable Governance Indicators, https://www.sgi-network.org/docs/2020/country/SGI2020_UK.pdf, Zugriff 22.6.2021
- CQC – Care Quality Commission (21.10.2020): CQC Insight. NHS trusts, <https://www.cqc.org.uk/guidance-providers/nhs-trusts/cqc-insight-nhs-trusts>, zugriff 8.7.2021
- GPonline (12.7.2021): GPs per patient slump as NHS medical workforce '25 years behind EU', BMA warns, <https://www.gponline.com/gps-per-patient-slump-nhs-medical-workforce-25-years-behind-eu-bma-warns/article/1721892>, Zugriff 12.7.2021
- TheGuardian (3.7.2021): Protests call for end to NHS underfunding and understaffing, <https://www.theguardian.com/society/2021/jul/03/protest-groups-to-call-for-end-to-nhs-underfunding-and-understaffing>, Zugriff 8.7.2021

19. Rückkehr

Das Gesetz sieht im Allgemeinen Freizügigkeit im Inland, Auslandsreisen, Auswanderung und Repatriierung vor, und diese Rechte werden von der Regierung respektiert (USDOS 30.3.2021).

Quellen:

- USDOS – US Department of State (30.3.2021): 2020 Country Report on Human Rights Practices: United Kingdom, <https://www.ecoi.net/en/document/2048494.html>, Zugriff 26.6.2021